

22/26

Der Stadtrat von Lenzburg
an den Einwohnerrat

Dringliches Postulat vom 24. September 2020 betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland); Bericht des Stadtrats

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen Bericht und Antrag:

I. Ausgangslage

1. An der Einwohnerratssitzung vom 24. September 2020 reichte die SP ein dringliches Postulat ein: "Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland)".
2. Das Postulat "Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria" wird am 24. September 2020 mit 22 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen als dringlich anerkannt.
3. Im Anschluss an diese Abstimmung führte Andreas Schmid, Stadtrat, an der Einwohnerratssitzung aus:
"Der Stadtrat hat sich mit diesem Postulat bereits auseinandergesetzt. Wir sind der Meinung, dass es hier um Menschen in Not geht. Es geht nicht darum, Asylpolitik zu betreiben. Wenn die Stadt Lenzburg etwas dazu beitragen kann, diesen Menschen, welche Hab und Gut verloren haben zu helfen, wird die Stadt Lenzburg dies tun. Aus diesem Grund erklärt sich der Stadtrat dazu bereit, dieses Postulat ohne Abstimmung entgegen zu nehmen. [Applaus]"
4. Am 22. Oktober 2020 wandte sich der Stadtrat an den Bund (Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement). Er informiert das EJPD über die Entgegennahme des Postulats und erklärt sich bereit, trotz erfüllter Aufnahmepflicht, bis zu acht in Not geratene Menschen aus Moria in Lenzburg aufzunehmen.
5. Das dringliche Postulat wurde an der Einwohnerratssitzung vom 3. Dezember 2020 von Stadtrat Andreas Schmid mündlich beantwortet:
"Kurz nachdem der Stadtrat das als dringlich erklärte Postulat übernommen hat, haben wir einen Brief verfasst, welcher an Bundesrätin Karin Keller-Sutter gerichtet war. Wir

informierten sie darüber, dass wir der Meinung sind, dass es wichtig ist, den Menschen in Not zu helfen und dass auch seitens von Lenzburg Plätze zur Verfügung gestellt werden bzw. auch angeboten werden, um Menschen in Not aufzunehmen.

Am 24. November 2020 resp. 25. November 2020 ist das Schreiben aus dem Staatssekretariat für Migration von der Bundesrätin eingetroffen. Sie bedankte sich für die Mitteilung und auch für die Entgegennahme des Postulats. Im Schreiben machte sie folgende Ausführungen: Sie teilen die Besorgnis seitens des Stadtrats resp. Einwohnerrats der Stadt Lenzburg. Der Bund hat – nach den Ereignissen – als Soforthilfe Hilfsmaterial und auch Spezialisten des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) nach Moria gesandt, um direkt zu unterstützen, sowie eine Million Franken für humanitäre Hilfe vor Ort zur Verfügung gestellt.

Man hat angeboten, die besonders vulnerablen Personen, in diesem Fall unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) aufzunehmen. Es konnten bis jetzt 20 Kinder und Jugendliche in die Schweiz einreisen. In diesem Zusammenhang hat auch der Bundesrat entschieden, dass wir ab 2021, unabhängig der Ereignisse in Moria, bereit sind, solche UMA aufzunehmen. Weiter informieren sie, dass die Schweiz bislang 53 Kinder und Jugendliche in diesem Rahmen aufgenommen hat und sie in der Schweiz über das ordentliche Verfahren auf die Kantone verteilt werden.

Man steht im Austausch mit dem Schweizerischen Städteverband betr. Koordination mit den Städten, welche bereit sind, ihren Teil beizutragen. Sollte es zu Zuweisungen oder Aufnahmen kommen, erfolgt dies über den ordentlichen Asylprozess.

Dies war die Rückmeldung aus Bern."

6. Thomas Schär (SP) erstattete an der erwähnten Sitzung des Einwohnerrats folgende Antwort:

"Besten Dank für die Beantwortung des dringlichen Postulats. Es freut mich/uns sehr, dass die Stadt sofort etwas unternommen hat und im Sinne von uns auch die Aktionen gegriffen haben. Wie im Postulat auch formuliert und wie uns auch allen klar ist, konnte man nicht sofort Hilfeleistung bieten oder Personen aufnehmen. Uns ging es darum – und deshalb wurden die Postulate auch in verschiedenen Städten in der gesamten Schweiz und im Kanton Aargau eingereicht – dass eine gemeinsam koordinierte Aktion stattfindet. Dem Staatssekretariat für Migration gegenüber, der zuständigen Bundesrätin gegenüber aber auch gegenüber dem Schweizerischen Städteverband. Dies ist erfolgt und freut uns auch sehr. Wer heute Abend nicht anwesend ist, ist das Staatssekretariat für Migration sowie Karin Keller-Sutter. Die Antwort ist ungenügend und es ist das übliche was man immer hört bei Hilfe vor Ort. Eine wahnsinnig grosse Geste, 20 Personen aufzunehmen. Natürlich UMA, welche alle Länder Westeuropas am ehesten aufnehmen möchten, aber es geht auch noch um andere Personen. Es geht um Familien, es geht um Kinder und um Männer und Frauen, Erwachsene und Jugendliche. Es geht nicht darum, Rosinenpickerei zu betreiben. Dies wäre eine Kritik an die Absenderin des Briefs, welche angebracht werden müsste. Nochmals vielen Dank, dass sofort interveniert wurde. Wir, sowie auch die Öffentlichkeit bleiben am Thema. Gerade in den Wintermonaten mit Corona wurde die Situation noch schlimmer. Es ist wichtig, dass gehandelt wird und dass die Stadt Lenzburg ein Zeichen setzt und sich bereit erklärt, etwas zu unternehmen, wenn Massnahmen vor Ort möglich sind."

II.

1. Wird ein Postulat vom Stadtrat entgegengenommen, so ist dem Einwohnererrat innert 2 Jahren Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Antrag zu stellen. Der Bericht des Stadtrats wird vom Einwohnerrat gutgeheissen oder abgelehnt. (§ 29 der Gemeindeordnung).

2. Zwar wurde das Postulat – auch aufgrund seiner Dringlichkeit – mündlich von Andreas Schmid, Stadtrat, beantwortet. Formell ist dieser Bericht vom Einwohnerrat noch nicht behandelt worden, weshalb das Postulat noch hängig ist.
3. Der Stadtrat erstattet formell Bericht im Sinne der Ziff. 1.4 und 5.

Antrag:

Dem Einwohnerrat wird gestützt auf § 29 Abs. 3 der Gemeindeordnung beantragt, diesen Bericht gutzuheissen.

Lenzburg, 27. Juli 2022

FÜR DEN STADTRAT
Der Vizeammann:

Die Vizestadtschreiberin:

VERSANDDATUM

19. August 2022

Laufnummer 2020-1110

24. September 2020

20/Mo
2020/Mo

Dringliches Postulat:

**Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria
(Lesbos, Griechenland)**

Antrag:

Der Stadtrat Lenzburg wird gebeten,

- sich bereit zu erklären, 8 geflüchtete Menschen aus Moria aufzunehmen;
- den Kanton und den Bund dazu aufzufordern, die notwendigen Massnahmen zu treffen, um die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus Moria zu ermöglichen;
- sich mit den Städten und Gemeinden im Kanton Aargau sowie mit Basel, Bern, Genf, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich, die ähnliche Initiativen zur Aufnahme von geflüchteten Menschen ergreifen, zu koordinieren.

Begründung:

Das Flüchtlingslager in Moria (Lesbos, Griechenland) war für 2'800 Menschen vorgesehen. Zuletzt lebten dort schätzungsweise 12'600 geflüchtete Menschen unter sehr prekären Bedingungen. Durch Covid-19 hat sich die Situation zusätzlich verschlimmert. Katastrophale hygienische Bedingungen und beengte Verhältnisse, die keinerlei soziale Distanz zulassen, haben ihren Teil dazu beigetragen.

Am 9. und am 10. September 2020 brachen Brände aus, die das Lager und auch das letzte Hab und Gut der Geflüchteten zerstörten. Momentan sind mehr als 12'000 Menschen auf Lesbos, darunter viele Kinder und andere besonders verletzbare Menschen, obdachlos. Sie müssen ohne Schutz vor Witterung und Covid-19 und ohne Zugang zu genügend Nahrung und fliessendem Wasser, ausharren.

Die unmenschliche Situation auf den griechischen Inseln ist eine Folge der europäischen Flüchtlingspolitik. Die Schweiz hat das Dublin-Abkommen mitunterzeichnet und jahrelang davon profitiert. Nach diesem Abkommen können Menschen nur im ersten europäischen Land, in dem sie ankommen, ein Asylgesuch stellen, beispielsweise in Griechenland. Jeder Dublin-Staat kann aber auch jederzeit von sich aus asylsuchende Menschen in Not aufnehmen. Diese Möglichkeit muss die Schweiz jetzt nutzen.

Die Zahl der Asylgesuche in der Schweiz befindet sich auf einem historischen Tief. Unser Staat verfügt über die finanziellen Mittel, die räumlichen Kapazitäten und die personellen Ressourcen, um geflüchtete Menschen in grosser Not aufzunehmen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die materielle und finanzielle Unterstützung Griechenlands die Situation für die geflüchteten Menschen nicht verbessert hat. Es bleibt nur noch die Evakuierung.

Die Schweiz und damit auch Lenzburg sind gefordert, Menschlichkeit und Solidarität zu zeigen und Flüchtlinge aufzunehmen. Deshalb soll sich Lenzburg auf kantonaler und nationaler Ebene dafür stark machen, mindestens 8 geflüchtete und auf Moria gestrandete Menschen aufzunehmen.

Diese Zahl richtet sich nach dem Aufruf des Netzwerkes Asyl Aargau, pro 1'356 Einwohner*innen einen geflüchteten Menschen aufzunehmen (www.netzwerk-asyl.ch/2020/06/16/500-gefluechtete-menschen-fuer-687-207-aargauerinnen). Für Lenzburg mit seinen 10'829 Einwohner*innen (Stand: 31. Dezember 2019) würde das die absolut vertretbare Aufnahme von 8 Personen bedeuten.

Ein vergleichbarer Vorstoss wird zeitnah oder zeitgleich auch in verschiedenen anderen Gemeinden des Kantons Aargau, die über einen Einwohnerrat verfügen, eingereicht werden.

Unterschriften siehe Rückseite

Tom's Sea Mission 

B. Tardent  TQM

 

W. J. Janssen 

L. J. Janssen

Geertje Janssen

P. P. Janssen

Stapels





